

# PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 20. JUNI 2018



## ANTRAG **BÜRGERSCHAFT BESCHLIESST WOHNRAUMSCHUTZGESETZ**

**Die Bürgerschaft hat heute das Wohnraumschutzgesetz beschlossen. Ziel des Gesetzes, das auf eine Initiative der SPD-Fraktion zurückgeht, ist es, Leerstände und Zweckentfremdungen von Wohnraum – etwa durch die dauerhafte Vermietung als Ferienwohnung – zu verhindern. Der SPD-Fraktionsvorsitzende, Björn Tschöpe, machte in der Debatte noch einmal deutlich: „Für uns steht fest: Wohnungen sollen ein Zuhause sein, keine Handelsware!“**

Willkürlichem Leerstand sowie der Zweckentfremdung von Wohnraum soll in Bremen künftig ein Riegel vorgeschoben werden. Das ist das Ziel des von der SPD-Fraktion initiierten Wohnraumschutzgesetzes, das heute in zweiter Lesung durch die Bürgerschaft beschlossen wurde.

„Steigende Mieten und der Mangel an Wohnraum werden durch oft spekulativen Leerstand und Zweckentfremdungen vor allem zu Beherbergungszwecken zusätzlich befeuert. Das wollen wir nicht hinnehmen. Für uns steht fest: Wohnungen sollen ein Zuhause sein, keine Handelsware!“, erklärte der SPD-Fraktionsvorsitzende, Björn Tschöpe.

„Rot-Grün hat auf den auch in Bremen zunehmenden Wohnraumangel mit einer Intensivierung des Wohnungsbaus reagiert“, so Tschöpe weiter. „Flankierend müssen wir auf der anderen Seite aber auch bestehenden Wohnraum schützen.“

Genau das leiste das neue Gesetz, so der SPD-Fraktionsvorsitzende – und zwar auf angemessene Weise: „Wir haben sehr liberale, faire Regelungen getroffen: Wir



**Björn Tschöpe**

haben Ausnahmeregelungen für bestehende Ferienwohnungen vorgesehen, und wer ein Zimmer seiner Wohnung oder die ganze Wohnung nicht länger als 90 Tage vermietet, ist überhaupt nicht betroffen. Uns



geht es in keiner Weise darum, sogenannte Homesharing-Modelle zu dämonisieren. Aber unter dieser Überschrift versammeln sich mittlerweile eben auch knallharte, profitorientierte Geschäftsmodelle, die mit der ursprünglichen Idee des ‚Teilens‘ oder ‚Kennenlernens anderer Menschen und Kulturen‘ nichts mehr zu tun haben. Da geht es dann nicht um Altruismus, sondern darum, dass es lukrativer erscheint, Wohnraum nicht regulär sondern als Feriendomizil zu vermieten – also am Ende schlicht um Profite auf Kosten der Kommunen und derjenigen, die ein vernünftiges Mietniveau wollen. Wo das hinführen kann, lässt sich in vielen Großstädten im In- und Ausland beobachten.“

Das Gesetz ziele daher auch auf die Zukunft ab. „Wir wollen Zustände wie in Berlin, wo Leerstand und Zweckentfremdung zu einer extremen Belastung des Mietmarktes geführt haben, gar nicht erst entstehen lassen. Dort hatte ein ähnliches Gesetz bereits Erfolg, und Tausende Wohnungen konnten wieder dem regulären Mietmarkt zugeführt werden“, sagte Tschöpe und ergänzte: „Allen, die sich mit dem Gedanken tragen, ihre Wohnungen oder Häuser aus spekulativen Gründen lieber leer stehen zu lassen oder Wohnraum mit deutlich höherem Profit tageweise zu vermieten, machen wir mit dem heute beschlossenen Gesetz deutlich, dass dies auch in Bremen zukünftig nicht mehr so einfach sein wird.“

> Antrag: Bremisches Wohnraumschutzgesetz; Wohnraum schützen, Leerstand und Zweckentfremdungen beenden  
<http://tiny.cc/WOHNRAUMSCHUTZ>

## REFORMATIONSTAG WIRD IN BREMEN ZUM FEIERTAG

Der Reformationstag am 31. Oktober ist künftig in Bremen ein Feiertag. Das hat die Bürgerschaft heute beschlossen. Damit folgt Bremen dem Beschluss aus Niedersachsen und hat damit das Ziel erreicht, bei der Einführung eines zusätzlichen Feiertages eine Insellösung zu vermeiden.

„In den norddeutschen Parlamenten herrschte von Beginn an ein breiter Konsens darüber, dass das Feiertagsgefälle zwischen Nord- und Süddeutschland durch die Einführung eines zusätzlichen Feiertages beseitigt werden soll“, erklärt der SPD-Fraktionsvorsitzende, Björn Tschöpe. Dies sei nun mit dem Beschluss der Bürgerschaft umgesetzt worden.

Es sei kein Geheimnis, dass es innerhalb der Bremer SPD und innerhalb der ganzen Gesellschaft unterschiedliche Einschätzungen darüber gegeben habe, welcher Tag am besten als neuer Feiertag geeignet wäre, so Tschöpe weiter. „Eine abweichenden



Foto: Knipsetime/ pixelio.de

de Regelung zu Niedersachsen wäre aber aufgrund der vielfältigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verflechtungen mit ihren Pendlerströmen nicht sinnvoll

gewesen. Deswegen ist die Entscheidung für einen neuen Feiertag im Gleichklang mit unseren niedersächsischen Nachbarn richtig.“

## BÜRGERSCHAFT BESCHLIESST NACHTRAGSHAUSHALT

Bremen unterstützt den Klinikverbund Gesundheit Nord (GeNo) und die Jacobs University Bremen (JUB) finanziell. Die Bürgerschaft hat heute einen Nachtragshaushalt debattiert, der für die GeNo 205 Millionen Euro und für die JUB knapp 46 Millionen Euro vorsieht.

Mit den 205 Millionen Euro übernimmt Bremen Schulden des Klinikverbundes, die im Zuge des Teilersatzneubaus des Klinikums Mitte aufgelaufen sind. Zudem wird die Eigenkapitalrücklage erhöht. Formal beschlossen werden soll dieser Teil des Nachtragshaushaltes morgen in einer Sondersitzung der Stadtbürgerschaft. „Beides ist entscheidend für die Zukunft des Unternehmens“, betonte der SPD-Abgeordnete Arno Gottschalk. Völlig klar sei, dass der Klinikverbund vor großen Herausforderungen stehe, doch müssten die Probleme in der richtigen Reihenfolge gelöst werden. Zunächst müsse die Liquidität der GeNo verbessert werden, dann könne und müsse man sich in einem nächsten Schritt mit strukturellen Fragen beschäftigen und Antworten darauf finden.



Arno Gottschalk

„Wichtig ist, dass wir die finanziellen Probleme nun schnell lösen und damit auch das klare Signal aussenden: Wir stehen zu

100 Prozent zur GeNo“, sagte Gottschalk. „Dieses Signal ist wichtig in Richtung der Firmen und Handwerker, die auf der Baustelle tätig sind und Rechnungen stellen. Es ist wichtig in Richtung der Banken. Es ist aber auch wichtig in Richtung der Beschäftigten und aller Bürger, denen an einer guten und umfassenden Krankenhausversorgung gelegen ist. Dabei ist die GeNo ein zentraler Baustein.“

Eine zügige Entscheidung sei auch bei der Jacobs University erforderlich, betonte der wissenschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion. „Die JUB macht sich auf zu einem Neuanfang und dafür braucht sie frühe Klarheit, um mit unserer Unterstützung auch schon in diesem Jahr eine schwarze Null zu erreichen“, erklärte Gottschalk. Die private Hochschule habe in den vergangenen Jahren hervorragende Arbeit bei der Verbesserung ihrer finanziellen Situation geleistet. Dabei sei aber eine zentrale Erkenntnis, dass Sparen alleine nicht ausreiche, sondern die JUB sich auf einen Wachstumskurs begeben müsse. Bremen unterstütze diesen Kurs nun, indem es ein Darlehen der JUB in Höhe von knapp 46 Millionen Euro übernehme. Gottschalk betonte abschließend: „Ich bin überzeugt, dass die Effekte, die sich etwa durch die zusätzlichen Einwohner beim Länderfinanzausgleich einstellen, in der Summe sogar eine positive finanzielle Wirkung für Bremen haben werden. Das ist kein Verlustgeschäft.“

## ANTRAG BREMERHAVENS BAHNANBINDUNG VERBESSERN – DRITTES GLEIS BAUEN

Die Bahnverbindung zwischen Bremerhaven und Bremen ist eine der Lebensadern unseres Bundeslandes. Täglich pendeln Tausende Menschen zwischen beiden Städten. Sie sind auf die Pünktlichkeit der Bahn angewiesen. Jedoch sind auf der Strecke Bremerhaven-Bremen-Osnabrück nur 86 Prozent der Züge pünktlich. Dies ist deutlich schlechter als der Bundesdurchschnitt. Pendler kommen daher – mit allen für sie damit verbundenen Konsequenzen – häufig zu spät.

„Die Menschen müssen sich auf die Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit der Bahn verlassen können. Die Strecke zwischen Bremen und Bremerhaven ist aber deutlich überlastet. Wir brauchen daher ein drittes Gleis, um die Verbindung zwischen unseren beiden Städten zu verbessern“ erklärte der Bremerhavener SPD-Abgeordnete Holger Welt heute in der Bürgerschaft.



Holger Welt

Auf Initiative der SPD-Fraktion hat die Bürgerschaft daher einen Antrag beschlossen, in dem sie den Senat auffordert, sich für deutliche Verbesserungen bei der Bahnanbindung Bre-



merhavens einzusetzen. Dazu zählt, dass der Bau eines dritten Gleises zwischen Bremen und Bremerhaven im Bundesverkehrswegeplan mit vorrangigem Bedarf angemeldet werden soll. Zudem soll die Deutsche Bahn die Strecke so unterhalten und warten, dass ein störungsfreier und pünktlicher Betrieb gewährleistet ist. Ferner soll sich der Senat mit Nachdruck bei der Deutschen Bahn dafür einsetzen, dass Bremerhaven an das Fernverkehrsnetz angeschlossen wird.

„Bremerhaven ist eine der wenigen Großstädte Deutschlands ohne Fernverkehrsanschluss. Das muss sich dringend ändern“, forderte Welt. Zusätzlich soll die EVB-Strecke Bremen-Bremervörde-Rotenburg elektrifiziert werden, damit Bremen vom Güterverkehr entlastet werden kann und der Personenverkehr flüssiger läuft.

>Antrag: Wann kommt das „dritte Gleis“? –Bahnverkehr zwischen Bremerhaven und Bremen endlich ausbauen!  
<http://tiny.cc/drittesgleis>